



## Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

**Erhöhung der Pendlerpauschale ist überfällig – Schwarz-Grün darf Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht blockieren**

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW  
[Drucksache 20/3285 \(neu\)](#)

Der Finanzausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 19. Juni 2025 ([Plenarprotokoll 20/91](#)) überwiesenen Antrag der Opposition am 3. Juli 2025 und 11. Dezember 2025 befasst. Zu dieser Sitzung haben die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Alternativantrag eingebracht, dem die Fraktionen von SPD, FDP und SSW als Antragsteller beigetreten sind (Umdruck [20/5722](#)).

Im Einvernehmen mit den antragstellenden Fraktionen empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag einstimmig, den Ursprungsantrag Drucksache 20/3285 (neu) für erledigt zu erklären und folgenden in der Ausschusssitzung vorgelegten interfraktionselternen Alternativantrag Umdruck 20/5722 zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

**„Erhöhung der Pendlerpauschale zustimmen**

Der Landtag stimmt den Plänen der Bundesregierung zu, die Entfernungspauschale – die sogenannte ‚Pendlerpauschale‘ – zum 1. Januar 2026 auf einheitlich 38 Cent ab dem ersten Kilometer zu erhöhen. Dies wird unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel

zu einer Entlastung vieler Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner führen, die jeden Tag zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendeln.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, die Pläne der Bundesregierung zu unterstützen und der vorgesehenen Erhöhung der Entfernungspauschale im Bundesrat zuzustimmen.“

Christian Dirschauer  
Vorsitzender